

Handout zum Pressegespräch

16. August 2022

Sicherheit und Demokratie stärken, statt in schwarz-grüne Stagnation zu geraten

I. Die aktuelle Lage

- ▶▶ Innenpolitik bewegt die Menschen – gerade aus aktuellen Anlässen. In der vergangenen Woche starb ein junger Mann aufgrund mehrerer Schüsse bei einem **Polizeieinsatz in Dortmund**. Zurecht erwartet die Bevölkerung eine umfassende Aufklärung. Hieraus müssen dann die richtigen Schlüsse gezogen werden. Denn unser gemeinsames Ziel muss es sein, maximales Vertrauen in die Polizei herzustellen. Doch leider verpasst es Innenminister Reul, den Landtag und die Öffentlichkeit proaktiv und umfassend zu informieren.
- ▶▶ Mit Sorge sehen viele Menschen auch die **Gewaltexzesse der letzten Wochen**. Erst gab es eine Massenschlägerei in Duisburg, dann kam es zum Gewaltausbruch in Essen. NRW ist lange nicht so sicher, wie es die Landesregierung vorgibt. Es gibt viel zu tun. Dennoch ist Stillstand zu befürchten. Innenminister Reul sieht keinen veränderten Handlungsbedarf. Der Koalitionsvertrag offenbart zusätzlich: Mit CDU und Grünen droht innenpolitische Stagnation. Ihre Differenzen können sie auch im Koalitionsvertrag kaum überdecken. Eine gemeinsame Idee ist nicht zu erkennen. Stattdessen sind die Gräben bereits offensichtlich. In dieser Koalition kommt zusammen, was nicht zusammen passt. Justizminister Limbach hat Innenminister Reul schließlich schon eine Schelte für dessen Kampfbegriff „Clankriminalität“ verpasst. Davon haben die Menschen in NRW nichts.

II. Ein Koalitionsvertrag voller vager Absichtserklärungen

Der Koalitionsvertrag offenbart Lücken. Die **Widersprüche zwischen Schwarz und Grün lassen sich kaum überdecken**. Um manche Entscheidungen drückt sich die neue Regierung sogar komplett. Die Grünen forderten in ihrem Wahlprogramm etwa eine wissenschaftliche Studie zu rassistischen und menschenverachtenden Einstellungen bei der Polizei. Fälle wie zuletzt in Münster zeigen, wie notwendig das ist. Die CDU ist dabei wesentlich zurückhaltender. Letztlich wird diese Forderung im Koalitionsvertrag komplett ausgespart.

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.

- ▶▶ **Zu wenig Konkretes zur Organisierten Kriminalität und Clankriminalität**
 CDU und Grüne lagen in der Vergangenheit bei der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität, insbesondere der Clankriminalität, enorm weit auseinander. Im Koalitionsvertrag sind die Ausführungen zu vage, was zu tun ist. Es fehlt auch eine konkretere Darstellung, wie jungen Menschen aus prekären Verhältnissen Perspektiven gegen ein Abrutschen in Kriminalität geboten werden können. Eine reine Absichtserklärung reicht nicht aus.
- ▶▶ **Offene Fragen bei der Stärkung der Polizei**
 Es ist wichtig, die Polizei in NRW personell zu stärken. Dazu wäre es entscheidend, die Abbrecherquote in der Ausbildung der Polizei von etwa 20 Prozent zu senken. Schwarz-Grün bleibt jedoch eine genaue Antwort darauf schuldig, wie das gelingen soll.
- ▶▶ **Bei evidenzbasierter Kriminalpolitik bleibt der Koalitionsvertrag hinter den Erwartungen**
 Die Ankündigung einer verstärkten Beauftragung von Forschung z.B. zu Dunkelfeldstudien ist richtig, ersetzt jedoch nicht den von uns geforderten „Periodischen Sicherheitsbericht“. Den hatten bisher auch die Grünen immer gefordert. Diese Position derart aufzuweichen, ist ein Fehler. Denn: Die Sicherheitspolitik in NRW muss endlich auf eine breitere wissenschaftliche Basis gestellt werden. Nur so gelingt es, Kriminalität effektiver und tiefgreifender zu bekämpfen.
- ▶▶ **Keine eindeutige Haltung bei Ausstattung der Polizei**
 Wie soll die Polizei in NRW ausgestattet sein? CDU und Grüne versuchen, auch hier konträre Positionen irgendwie zu überdecken. Während die CDU bisher eine sofortige und flächendeckende Ausstattung aller Kreispolizeibehörden mit „Tasern“ gefordert hatte, traten die Grünen in ihrem Wahlprogramm gegen eine generelle Ausstattung mit „Tasern“ ein. Die begonnen Ausstattung der Wachdienste wollten die Grünen sogar rückgängig machen. Laut Koalitionsvertrag soll die bisherige Ausstattung des Wachdienstes mit den Geräten offenbar erst einmal beibehalten werden, jedoch bis 2024 „ergebnisoffen“ evaluiert werden sowie an den Einsatz einer „Bodycam“ gekoppelt sein. Der Konflikt ist also nur vertagt.
- ▶▶ **Keine Antwort auf Personalmangel in der Justiz**
 Es fällt auf, dass die Attraktivitätssteigerung der Justiz im Koalitionsvertrag nicht genannt wird und auch nicht mit finanziellen Anreizen verknüpft wurde. Wie das im Vertrag versprochene zusätzliche Personal gewonnen werden soll und bereits bestehende Personallücken geschlossen werden sollen, bleibt deshalb bis auf weiche Faktoren, wie den Ausbau von Homeoffice und Teilzeitarbeitsmöglichkeiten und den Ausbau von Fortbildungsangeboten offen.

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.

▶▶ **Wenige Pläne zum großen Problem Rechtsextremismus**

Durch die Ressortzuschnitte und das Verbleiben des Innenbereichs bei der CDU, ist das insbesondere für die Grünen wichtige Thema Rechtsextremismus für Letztere schwer zu steuern. Im Koalitionsvertrag steht hierzu wenig. Genau beobachten werden wir, inwieweit der Blick von Rassismus Betroffener tatsächlich in Maßnahmen eingebunden wird. Hier gab es bislang enorme Konfrontationen zwischen CDU und Grünen.

III. Was jetzt zu tun ist

A. Arbeitsfelder im Innenausschuss

▶▶ **Innen- und Sicherheitspolitik endlich evidenzbasierter gestalten**

Großes Ziel muss es sein, die NRW-Innenpolitik in den kommenden Jahren auf eine breitere Faktenbasis zu stellen. Wir benötigen eine vorausschauende und strategisch durchdachte Politik, die gegen Kriminalität konsequent vorgeht. Dabei dürfen auch die Ursachen von Kriminalität nicht aus dem Blickfeld geraten.

Dazu brauchen wir dringend einen engen Austausch zwischen Wissenschaft, Praxis und Politik auf Augenhöhe. Dieser findet in NRW derzeit nicht ausreichend statt – zu Lasten der Sicherheit im Land. Deshalb fordern wir die Gründung eines nordrhein-westfälischen Instituts für Kriminalitäts- und Sicherheitsforschung. Diese Einrichtung soll zukünftig als Schnittstelle für Wissenschaft, Politik und Praxis dienen.

Eine Aufgabe des Instituts soll ebenso die Erstellung eines periodischen Sicherheitsberichts sein. Die Kriminalstatistik 2021 hat erneut gezeigt, wie wichtig dieses zusätzliche Instrument ist. Die Kriminalstatistik erfasst nur die Straftaten, die der Polizei im Laufe eines Jahres bekannt geworden sind und von ihr bearbeitet wurden. Daneben gibt es aber in vielen Bereichen weiterhin ein großes Dunkelfeld, das nicht von der Statistik erfasst wird.

▶▶ **Nachhaltige Bekämpfung der Organisierten Kriminalität schaffen**

Es reicht nicht, Organisierte Kriminalität nur mit kurzfristigen Aktionen zu begegnen. Für einen nachhaltigeren Einsatz ist die Aufstockung der personellen Ressourcen für ihre Verfolgung und Ausweitung der behördenübergreifende Zusammenarbeit bzw. der Gewerbe- und Finanzkontrollen notwendig. So gelingt es, Kriminalität in ihren Grundstrukturen zu bekämpfen und Finanzstrukturen auszutrocknen.

▶▶ **Polizei personell und materiell bestmöglich ausstatten**

NRW braucht eine Verstärkung der Präsenz der Polizei in den Stadtquartieren und auf den Straßen vor Ort. Zudem fordern wir den Erhalt und Ausbau des Bezirksdienstes. In der Polizeiausbildung müssen Fördermaßnahmen

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.

entwickelt werden, um die aktuell hohe Abbrecherquote zu reduzieren. Bei den Einstellungen der Polizei muss es das Ziel sein, die Vielfalt der Gesellschaft abzubilden.

B. Arbeitsfelder im Rechts- und Hauptausschuss

▶▶ **Demokratieförderung als gemeinsame Aufgabe angehen**

Die sehr niedrige Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl hat gezeigt, dass Landesregierung und Landtag hier gemeinsame Konzepte entwickeln müssen, um für die Demokratie zu werben. Ein wichtiger Schritt ist hierbei die beabsichtigte Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre. Wir nehmen Schwarz-Grün beim Wort und pochen auf eine schnelle Umsetzung.

▶▶ **Stellen im öffentlichen Dienst besetzen – Jobs attraktiver machen**

Länder und Bund müssen sich bei der Fortsetzung des Pakts für den Rechtsstaat schnell einigen. Hierbei dürfen die Länder die Verantwortung für die Finanzierung nicht nur beim Bund suchen. Die Justiz in NRW hat zudem weiterhin ein Problem mit der Besetzung der offenen Stellen. Nur wenn wir dauerhaft Personal gewinnen, können wir die Arbeitsbelastung senken. Hierfür sind weitere Schritte erforderlich, wie eine bessere Bezahlung in allen Bereichen der Justiz, die Abschaffung des Eingangsamtes A5, der Abbau befristeter Stellen und die Abschaffung der sachgrundlosen Befristungen.

▶▶ **Einsatz gegen Rechtsextremismus und Rolle der Antisemitismusbeauftragten stärken**

Mehr finanzielle Mittel im zivilgesellschaftlichen Einsatz gegen Rechtsextremismus und für die Extremismusforschung sind essentiell. Wir werden deshalb darauf achten, dass das Land diese Akteure dauerhaft unterstützt. Nur so kann auf neue Phänomene, wie etwa die Verschwörungsszene schnell und umfassend reagiert werden. Die Stelle der Antisemitismusbeauftragten sollte zudem finanziell gewürdigt werden und ebenso wie der Spätaussiedlerbeauftragte mittelfristig nach Rücksprache mit den Beteiligten in die Hauptamtlichkeit überführt werden.

▶▶ **Glücksspielmarkt nicht weiter liberalisieren**

Die von der alten Landesregierung vorangetriebene Liberalisierung des Glücksspielmarktes darf von Schwarz-Grün nicht fortgesetzt werden. Gesetze, die offline zur Reduzierung der Abstände zwischen Spielhallen führen und online mit dem Onlinecasinogesetz den Markt öffnen, dürfen nicht dazu führen, dass NRW ein zweites Schleswig-Holstein wird. Hier muss die Landesregierung einen neuen Weg einschlagen.

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.